

Turtmann | Rund 2500 Personen unterstützen die Petition gegen ein Bundesasylzentrum

Starkes Signal nach Bern

Gestern überreichte das überparteiliche Komitee gegen ein Bundesasylzentrum in Turtmann eine von 2500 Personen unterzeichnete Petition an den Walliser Staatsrat.

Turtmann ist heiss gehandelter Kandidat als möglicher Standort für ein Bundesasylzentrum. Fakt ist, dass im Wallis und in der Waadt noch je ein solches Zentrum erstellt werden muss. Denn in den anderen Kantonen der Westschweiz sind die Standorte bereits definiert. In der Turtmänner Bevölkerung hatte sich bereits vor Wochen vehementer Widerstand gegen ein entsprechendes Vorhaben formiert. Gestern überreichten Vertreter des überparteilichen Komitees eine Petition zuhänden des Walliser Staatsrates, damit dieser ein Bundesasylzentrum in Turtmann verhindere. Das Anliegen fand breite Zustimmung: Rund 2500 Personen haben die Petition unterzeichnet. Zum Vergleich: In der Gemeinde Turtmann-Unterems leben lediglich tausend Einwohner. «Zwei Drittel unserer Bevölkerung haben die Petition unterstützt, der grosse Rest der Unterschriften stammt aus den umliegenden Gemeinden und der gesamten Region», teilt Marcel Zenhäusern vom überparteilichen Komitee mit. | Seite 3



Übergabe. Staatsratspräsidentin Esther Waeber-Kalbermatten nimmt die Petition aus den Händen von Viviane Z'Brun und Andreas Borter entgegen. FOTOWB

«Auch ein Reserve-Asylzentrum kommt für uns nicht infrage»

SITTEN | Die Bevölkerung der Gemeinde Turtmann-Unterems wehrt sich vehement gegen die Einrichtung eines Bundes-Asylzentrums. Gestern reichte man eine von 2500 Personen unterschriebene Petition gegen das Vorhaben ein.

Im Rahmen der Neustrukturierung des Asylbereichs sind in den sechs Westschweizer Kantonen Freiburg, Genf, Jura, Neuenburg, Waadt und Wallis 1280 Plätze von schweizweit 5000 Unterbringungslätzen vorgesehen. Insgesamt sollen in der Westschweiz ein Verfahrenszentrum, drei Ausreisezentren und ein Reserve-Zentrum geschaffen werden. Der Standort des Verfahrenszentrums ist bekannt: Boudry im Kanton Neuenburg. Zwei von drei Ausreisezentren sind ebenfalls bekannt: Giffers im Kanton Freiburg und Grand-Saconnex im Kanton Genf. Fakt ist, dass noch Standorte für ein Ausreisezentrum und ein Reservezentrum in den Kantonen Waadt und Wallis gesucht werden.

2,5 Mal so viele Unterschriften wie Einwohner
Der Standort Turtmann ist dabei in der allerengsten Auswahl. Der Grund: Das Militär-Areal bietet nicht nur ausreichend Platz, sondern befindet sich gleichzeitig im Besitz des Bundes. Doch gegen das Vorhaben setzt sich die Bevölkerung vehement zur Wehr. «Unser Dorf ist für ein Ausreisezentrum einfach zu klein. Das passt besser in eine grössere Agglomerati-

on», sagt etwa CVP-Grossrat Marcel Zenhäusern vom überparteilichen Komitee, das sich gegen das Asylzentrum formiert hat. Dieses Komitee hat in den letzten Wochen eifrig Unterschriften für die Petition «Nein zu einem Bundesasylzentrum in Turtmann» gesammelt. Mit überaus grossem Erfolg: Rund 2500 Unterschriften wurden gestern im Regierungsgebäude der Kantonshauptstadt der Staatsratspräsidentin Esther Waeber-Kalbermatten und der Vize-Staatskanzlerin Monique Albrecht übergeben.

Turtmann als Reserve-Standort?

2500 Unterschriften, das ist viel für ein Dorf mit gerade mal 1000 Einwohnern, sehr viel sogar. «Etwa zwei Drittel der Unterschriften stammen aus Turtmann-Unterems selbst, der grosse Rest wurde in der gesamten Region gesammelt. Das zeigt doch, dass nicht nur Turtmann, sondern die ganze Umgebung gegen ein solches Zentrum ist», betont Marcel Zenhäusern. Die Vertreter des überparteilichen Komitees richteten sich in einem Appell an die Regierungschefin, ihr Anliegen ernst nehmen und dieses zu unterstützen.

Staatsratspräsidentin Esther Waeber-Kalbermatten versicherte den Petitionären, dass die Regierung Verständnis hätte und sich dem Anliegen mit Sicherheit annehmen werde. Gleichzeitig legte sie ihnen aber auch nahe, dass sich Turtmann überlegen sollte, sich in den Verhandlungen als Reservestandort ins Spiel zu bringen. Auf diese



Bitschrift übergeben. Das überparteiliche Komitee reicht die Petition «Nein zu einem Bundesasylzentrum in Turtmann» ein. Von links: Staatsratspräsidentin Esther Waeber-Kalbermatten, Viviane Z'Brun (CSP), Andreas Borter (FDP), Natascha Lehner (SVP), Marcel Zenhäusern (CVP) sowie Georges Jäger (Freie unabhängige Liste). FOTOWB

Weise würde man gleich zu Beginn auf das geringere Übel setzen und dabei eventuell das Ausreisezentrum verhindern können. Allein dieser Vorschlag zeigt aber in aller Deutlichkeit auf, dass Turtmann tatsächlich in einer Art Poleposition für ein Asylzentrum der Westschweiz gehandelt wird.

«Unsere Hoffnung stirbt zuletzt»

Doch auch von einem Reservezentrum wollen die Petitionäre nichts wissen. «Auch ein Reserve-Asylzentrum kommt für uns

nicht infrage. Wir sind strikte gegen jede Art von Asylzentrum in unserem kleinen Dorf. Denn was heisst hier Reserve? Die Zentren sind immer hoffnungslos überfüllt. Spätestens im Sommer greift man da bereits auf die Reservezentren zurück», so Zenhäusern. Sollte der Bund auf seinem Standpunkt beharren, sei man machtlos, weil das Gelände bereits dem Bund gehört. «Aber unsere Hoffnung stirbt zuletzt. Bei einer solch grossen Opposition wäre es für den Bund der falsche Weg, ein Zentrum durchzudrücken.»

«Sommaruga fehlt ein Gen»

Staatsrat Oskar Freysinger, der gemeinsam mit den Westschweizer Polizei- und Sicherheitsdirektoren den Standort aushandeln muss, teilte mit, dass derzeit eine Pattsituation herrsche. «Die Waadt und wir hatten den Standort Dailly oberhalb von Savatan als Ausreisezentrum vorgeschlagen. Doch dagegen hat sich das Bundesamt für Migration gewehrt.» Freysinger fuhr zudem Bundesrätin Simonetta Sommaruga

arg an den Karren: «Sämtliche Polizei- und Sicherheitsdirektoren der ganzen Schweiz haben einen Brief an sie geschrieben, dass sie aufzeigen solle, wie der Flüchtlingsstrom in die Schweiz gebremst werde. Und was macht sie? Nichts. Das ist lächerlich. Sie zeigt auf, wo verpflegt wird, gibt uns aber keine Antwort auf unsere Frage. Ich glaube, Sommaruga fehlt ein Gen, um zu erkennen, dass die Flüchtlingswelle gebremst werden muss.» **wek**